

Was unser Staat leisten kann – und muss

Danyal Bayaz

»Warum habt ihr damals nichts getan, als noch Zeit war?« Diese Frage könnten uns unsere Kinder in 10 oder 20 Jahren stellen. Wir können dafür sorgen, dass sie es nicht tun müssen.

Die liberale Demokratie steht vor ihrer größten Prüfung seit Generationen. Doch Krisen – und deren erfolgreiche Bewältigung – sind ihr nicht fremd. Die Nachkriegsgenerationen in Westeuropa machten die Erfahrung, dass Demokratie Freiheit und Sicherheit bedeutete. Sie war das Fundament für wachsenden Wohlstand, sozialen Aufstieg, technologischen Fortschritt und gesellschaftliche Teilhabe. Demokratie schützte vor Willkür und weckte die Hoffnung, dass die Zukunft besser sein wird als die Vergangenheit. Für viele wurde ihre Lebensgeschichte zur Erfolgsgeschichte der Demokratie.

Doch heute stößt der demokratische und soziale Staat an seine Grenzen, wenn es darum geht, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Die Globalisierung schränkt den Spielraum nationaler Politik ein. Der internationale Wettbewerb setzt Wohlfahrtsstaaten unter Druck. Bürokratie schafft nicht nur Planungssicherheit, sondern blockiert auch. Der demografische Wandel wirkt sich immer stärker aus, während gebundene Mittel und Strukturen den Staat finanziell einschränken. Erderwärmung, Kriege, geopolitische Spannungen und Pandemien verlangen gleichzeitig Antworten. Soziale Medien verändern, wie sich gesellschaftliche Meinungen bilden. Sie bieten neue Möglichkeiten der politischen Beteiligung, verstärken aber auch Polarisierung und erschweren Kompromisse.

Das Vertrauen in die Demokratie als Staatsform ist stabil, doch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates und die demokratischen Parteien nimmt ab. Autoritär-populistische Bewegungen locken mit einfachen Lösungen. Sobald sie an der Macht sind, greifen sie Pressefreiheit, Gewaltenteilung und Wissenschaft an.

Ein Staat, der die richtigen Voraussetzungen schafft

Was ist die Antwort auf diese fundamentale Herausforderung? Weder die Flucht in staatliche Allmacht noch die Kapitulation vor der vermeintlichen Ohnmacht. Wir müssen neu vermessen, was der demokratische Staat heute leisten kann und muss – und was er zivilgesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Kräften überlassen sollte, damit die liberale Demokratie erfolgreich sein kann.

Der demokratische Staat kann nicht alle Probleme selbst lösen. Eine lebendige Demokratie braucht aktive Bürgerinnen und Bürger, die einen Unterschied machen. Für den Publizisten Michel Friedman ist es ein »fundamentales Missverständnis«, dass Demokratie ein »selbstverständlicher Dienstleister für Freiheit, Selbstbestimmung, ein gutes Leben in Sicherheit, in Frieden und in Wohlstand«¹ sei. Winfried Kretschmann erinnert daran, Politik müsse das »magische Dreieck von Staat, Markt und Bürgergesellschaft«² stetig neu austarieren.

Allein steht der Staat also nicht da. Aber ihm kommt eine zentrale Rolle zu: die Voraussetzungen schaffen, damit Zivilgesellschaft und Wirtschaft ihre Vielfalt an Perspektiven und Ideen zum Nutzen der Gemeinschaft entfalten können. Das ist seine Kernaufgabe.

-
- 1 Friedman, Michel (2023): Schlaraffenland abgebrannt. Von der Angst vor einer neuen Zeit. Berlin: Berlin Verlag, S. 42.
 - 2 Kretschmann, Winfried (2024): Aus Zuversicht Wirklichkeit machen. Freiburg: Herder Verlag, S. 280.

Ein Staat, der Sicherheit stärkt

Die Sicherheit der Bevölkerung zu schützen, ist die Pflicht des Staates. Unsere Kinder sollen niemals das erleben müssen, was ukrainische Kinder heute durchleben. Sie sollen aufwachsen, ohne Angst haben zu müssen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die fragile Partnerschaft mit den USA zwingen uns zum Umdenken. Deutschland und Europa stärken die Verteidigung – gerade deshalb, um sich nicht verteidigen zu müssen.

Sicherheit kostet. Doch ein Scheitern käme uns weit teurer. Kluge Verteidigungsinvestitionen können auch Innovationen antreiben, die unser tägliches Leben verbessern. Das gilt insbesondere, wenn sie zu deutlich höheren Forschungs- und Entwicklungsausgaben führen. Internet, GPS-Navigation, Abstandsradar, Digitalkameras – sie alle entstanden ursprünglich für Verteidigungszwecke und prägten später unseren Alltag.

Bei aller Dringlichkeit und Notwendigkeit brauchen wir finanzielle Vernunft. Die Ausnahme der Verteidigungsausgaben von der Schuldenbremse soll helfen, um schnell handlungsfähig zu werden. Aber sie ist keine dauerhafte Lösung. Die älteren Generationen haben jahrzehntelang von der sogenannten Friedensdividende profitiert, ohne ausreichend vorzusorgen. Wir dürfen die Kosten für unsere Sicherheit nicht vollständig den Jüngeren aufbürden. Mittelfristig muss Verteidigung aus dem regulären Haushalt finanziert werden – generationengerecht!

Öffentliche Institutionen und Infrastrukturen, die Chancen ermöglichen

Keine Warteschlange mehr im Bürgeramt, sondern Behördengänge in Minuten digital erledigt. Keine ausgefallenen Züge, sondern Verkehrsnetze, die zuverlässig funktionieren. Kein lahmes Internet, wenn die Tochter für die Klassenarbeit lernt. Das ist machbar. Andere Staaten machen es vor.

Eine erstklassige öffentliche Infrastruktur ist das Rückgrat einer Gesellschaft, die optimistisch in die Zukunft schaut. Hervorragende

Kindergärten, Schulen und Unis, funktionierende Verkehrsnetze und digitale Angebote, eine gut ausgestattete Polizei und moderne Gesundheitsversorgung – eine zeitgemäße öffentliche Infrastruktur erleichtert den Alltag, hilft der Wirtschaft und stärkt das Gemeinschaftsgefühl. Eine stabile, an die Klimaveränderung angepasste Energieversorgung und funktionierende digitale Infrastruktur treiben Innovation und wirtschaftliche Dynamik voran. Eine starke Forschungslandschaft sichert die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. In diese Infrastruktur zu investieren und sie verlässlich bereitzustellen, ist die Kernaufgabe des Staates. Er hat sie zu lange vernachlässigt.

Angesichts knapper Mittel kann der Staat vor der Frage stehen: Sozialtransfers oder soziale Infrastruktur? Beides ist wichtig, doch gerade Menschen mit wenig Ressourcen profitieren von guten öffentlichen Einrichtungen – im Zweifel sollte ihre Verbesserung Vorrang haben. Gute Kitas schaffen faire Startbedingungen für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft. Das ist nicht nur gerecht, sondern klug. Denn sie ermöglichen es jungen Eltern und gerade auch gut qualifizierten Frauen, ihre Berufstätigkeit fortzusetzen – ein Baustein für ein höheres Arbeitsangebot und damit für das Wachstumspotenzial unserer Wirtschaft. Eine exzellente Schule in einem benachteiligten Viertel kann Kindern aus einkommensschwachen Familien Aufstiegschancen eröffnen.

Laut einer Studie des Münchner ifo-Instituts ist die soziale Mobilität in der Bundesrepublik in den letzten 50 Jahren deutlich zurückgegangen.³ Innerhalb einer Generation habe sich der Einfluss des Einkommens der Eltern auf Bildung und das spätere Einkommen der Kinder verdoppelt. Einer der Autoren sieht darin eine »toxische Mischung für die Chancengerechtigkeit

3 Baarck, Julia et al. (2025): Rising Inequality, Declining Mobility: The Evolution of Intergenerational Mobility in Germany. In: CESifo Working Papers, »https://www.ifo.de/DocDL/cesifo1_wp12058.pdf« (Letzter Zugriff: 22.09.2025).

in Deutschland.«⁴ In der Verbesserung unserer öffentlichen Einrichtungen liegt ein entscheidender Schlüssel für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Der Sozialstaat zählt zu den wichtigen Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft und bildet das Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Seine Reform ist ein Test für die vorsorgende Handlungsfähigkeit unserer Demokratie. Er soll Menschen auch künftig die Sicherheit geben, die sie brauchen, um (wieder) auf eigenen Beinen zu stehen und ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten – und das deutlich einfacher und übersichtlicher als heute. Das schaffen wir nur, wenn wir wirtschaftlich produktiv bleiben und den Sozialstaat an die demografische Wirklichkeit anpassen. Dies umfasst verbesserte Erwerbsanreize, den Ausbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge und eine längere Lebensarbeitszeit. Letztere könnte an die individuelle Erwerbsbiografie angepasst werden: Akademiker werden in der Regel später erwerbstätig und sind körperlich weniger belastet.

Die Reform des Sozialstaats ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, damit sich auch die Jüngeren im Laufe ihres Lebens auf funktionierende soziale Sicherungssysteme verlassen können. Investitionen in unsere öffentliche Infrastruktur verhindern, dass die Gesellschaft auseinanderdriftet – in jene, die sich private Lösungen leisten können, und jene, die auf marode öffentliche Angebote angewiesen sind. Wir können einen Standard schaffen, der allen zugutekommt und auf den wir stolz sein können.

Innovationen, die nachhaltigen Wohlstand schaffen

Die Stärke der liberalen Demokratie hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie Wohlstand schafft – und damit von der Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der Wirtschaft. Mehr denn je braucht es gezielte Förderung von Forschung und Innovation.

4 ifo Institut (2025): Soziale Mobilität geht zurück, »<https://www.ifo.de/presemitteilung/2025-09-05/soziale-mobilitaet-deutschland-geht-zurueck>« (Letzter Zugriff: 22.09.2025).

Hier entscheidet sich, ob unsere Kinder in einem prosperierenden oder abgehängten Land aufwachsen.

Aufstrebende Staaten investieren massiv in Wissenschaft und Technologie. Die Wertschöpfung von morgen entsteht in Spitzentechnologien: künstlicher Intelligenz, Quantencomputing, Biotechnologie, Green- und CleanTech und hochwertigen Dienstleistungen. Nur durch stetige Produktivitätssteigerungen entsteht der Wohlstand, der gerechte Teilhabe und Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Länder und Regionen wie Israel, Singapur oder Kalifornien machen vor, wie man Forschung, Entwicklung und Startups erfolgreich fördert, damit sie wachsen und groß werden können. Dazu gehört auch, bestmögliche Rahmenbedingungen für privates Kapital zu schaffen, damit es in neue Geschäftsmodelle und Innovationen investieren kann.

Ein Unternehmen wie BioNTech ist kein Zufall, sondern das Ergebnis von Mut und gezielter Förderung. Als Özlem Türeci, Ugur Şahin und ihr Team in ihrem Labor den Corona-Impfstoff entwickelten, retteten sie nicht nur Millionen Leben weltweit – sie zeigten auch, was möglich ist, wenn Deutschland an seine Forscher glaubt und in sie investiert. Das Mainzer Unternehmen erhielt früh staatliche Gelder für die Grundlagenforschung, konnte durch privates Wagniskapital wachsen und brachte Deutschland an die Weltspitze der mRNA-Technologie.

BioNTech zeigt, was möglich ist. Doch solche Erfolge fallen nicht vom Himmel. Ohne Grundlagenforschung, langfristige Projekte und die Ausbildung von Fachkräften geht es nicht. Sie sind die wichtigste Ressource in unserer Wissensgesellschaft. Exzellente Forschungseinrichtungen ziehen Talente an und schaffen das Wissen, auf dem die Technologien und Unternehmen der Zukunft aufbauen. Sie zeigen, wie sich wirtschaftlicher Erfolg mit Klimaschutz und dem Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen verbinden lässt.

Wenn der Staat diese Voraussetzungen schafft, stärkt er die wirtschaftliche Basis, auf der soziale Gerechtigkeit und demokratische Legitimation ruhen. Unser Land kann in diesen Bereichen führend bleiben und muss beweisen, dass die exzellente Forschung auch in erfolgreiche Geschäftsmodelle übersetzt werden

kann. Wenn wir die richtigen Prioritäten setzen und signifikant mehr Kapital – ausdrücklich auch privates Kapital – für diesen Bereich mobilisieren, sind Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Nachhaltigkeit vereinbar.

Dabei helfen marktwirtschaftliche Instrumente mehr als kleinteilige Regulierung. Die CO₂-Bepreisung ist ein Beispiel. Es stimmt: Deutschland stößt nur 2 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus. Aber wir können zeigen, dass Klimaschutz und Wohlstand zusammenpassen – und die Produkte und Dienstleistungen anbieten, die morgen nachgefragt werden. Es wäre deshalb ein Fehler, bei der anstehenden Erweiterung des europäischen Emissionshandelssystems auf Gebäude und Verkehr zurückzuweichen. Verlässlichkeit schafft Planungssicherheit für Unternehmen und Vertrauen. Statt am Emissionshandel zu sägen, sollten wir bestehendes Mikromanagement beim Klimaschutz überprüfen.

Ein Sondervermögen, das Zukunft finanziert

Die Einrichtung des Sondervermögens ist eine historische Chance, um in unsere wirtschaftliche Stärke zu investieren und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Staates zu stärken. Der marode Zustand unserer Infrastruktur mahnt: Das passiert, wenn wir die Zeichen der Zeit ignorieren. Die Bürger erwarten nicht, dass über Nacht alles besser wird. Sie erwarten zu Recht, dass wir endlich zügig vorankommen.

Die Verschuldung ist vertretbar, wenn sie in Zukunftstechnologien, moderne Infrastruktur, Innovation und Bildung fließt – begleitet von mutigen Reformen. Sie ist nicht vertretbar, wenn sie genutzt wird, um Spielräume im Bundeshaushalt zu schaffen, um die Mittel anderweitig zu nutzen und Reformen weiter aufzuschieben. Genau das tut die Bundesregierung, obwohl CDU/CSU und SPD das Gegenteil versprochen hatten. Jeder Euro, der in Konsum statt Innovation fließt, ist eine Hypothek auf unsere Kinder.

Bei der Verwendung der Sondervermögen muss die oberste Priorität die Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit und unserer Infrastruktur sein. Nicht nur künstliche Intelligenz, sondern

auch der Klimaschutz bietet enorme Chancen für Innovation, Wirtschaftswachstum, neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze. Klimatechnik ist schon jetzt ein wichtiger Zweig unserer Industrie. Ihre Produkte und Dienstleistungen werden auch in Zukunft nachgefragt werden. Es ist in unserem existenziellen Interesse, weitere Innovationen auf den Markt zu bringen.

Dabei muss und kann der Staat gar nicht alles allein stemmen. Er kann bestmögliche Rahmenbedingungen setzen, die privates Kapital mobilisieren. Die Politik kann dem Kapital eine Richtung geben – dorthin, wo es einen positiven Beitrag für uns alle leisten kann. Das Sondervermögen sollte daher dafür genutzt werden, um privates und öffentliches Kapital intelligent zu verzahnen, um beispielsweise gemeinsam Investitionen in unsere Wärmenetze konkret vor Ort zu finanzieren. Andere Länder machen außerdem vor, wie der kluge Einbezug der Kapitalmärkte bei der Altersvorsorge den demografischen Druck aus dem gesetzlichen Rentenversicherungssystem nehmen kann – ein klassisches *Win-win*.

Eine Verwaltung, die Freiräume ermöglicht

Damit Wirtschaft und Zivilgesellschaft ihren Beitrag leisten können, brauchen sie eine Verwaltung, die Freiräume für Initiativen schafft – eine Verwaltung, die hilft statt hemmt; eine Verwaltung, die Standards für Bürgernähe und Effizienz setzt. Länder wie Estland, die Niederlande oder Dänemark machen es vor. Wir können es auch.

Das Problem liegt nicht nur in der schleppenden Digitalisierung, sondern auch in einer übermäßigen Verrechtlichung. Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) hat in einem Gutachten darauf hingewiesen, dass die deutsche Verwaltungspraxis besonders juristisch geprägt ist: »Die rechtlich korrekte Einhaltung aller Verfahrensvorschriften hat höchste Priorität und die Kontrolle der Verwaltung durch Gerichte und Rechnungshöfe spielt eine wichtige Rolle.« Es sei kein Zufall, dass der Anteil der Juristinnen und Juristen in Führungspositionen der Verwaltung in Deutschland höher ist als in jedem anderen europäischen Land.

Der Verwaltungswissenschaftler Jörg Bogumil weist darauf hin, dass der »größte Entbürokratisierungsschub durch einen Kulturwandel« entstehen könnte. In der Realität dominieren ein übertriebenes Sicherheitsdenken und grundsätzliches Misstrauen. Es sei Zeit, dass wir uns von »unserem Perfektionsanspruch verabschieden«⁵.

Der Staat kann durch Leitplanken und Regeln eine Verwaltungskultur fördern, die Kontrolle mit Vertrauen in die Lösungskompetenz von Bürgern und Unternehmen verbindet. Statt jedes Detail zu regeln, können Verwaltungen ergebnisorientierte Ziele setzen. Den Weg dorthin können sie flexibel gestalten. Wenn der Staat seinen Bürgern durch schlanke Verfahren und transparente Entscheidungen Raum gibt, sich zu engagieren, stärkt er nicht nur seine eigene Handlungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

Dieser Weg verlangt etwas von uns allen: die Bereitschaft, zu akzeptieren, dass nicht alles perfekt reguliert wird, dass wir nicht jedem Einzelfall gerecht werden können, dass nicht jedes Risiko abgesichert ist. Dieser Preis lohnt sich, um in einer sich schnell verändernden Welt handlungsfähig zu bleiben. Wir können auf die große Staatsreform warten – in der Hoffnung, dass sie nicht selbst ein Produkt übermäßiger Bürokratie wird – oder jeden Tag pragmatische Schritte unternehmen. Wir können ausloten, was machbar ist und wo Grenzen sind, wobei wir dabei auch Fehler und Widerstände in Kauf nehmen müssen. Ein Beispiel dafür ist der schnelle Bau und die Inbetriebnahme von LNG-Terminals 2022. Vereinfacht gesagt: Wer jeden Tag mit der Heckenschere arbeitet, braucht die Kettensäge nicht.

5 Bogumil, Jörg (2025): Entbürokratisierung durch Abbau der Misstrauensverwaltung und bessere Verwaltungsverfahren. In: blog politische ökonomie, »www.blog-bpoe.com/2025/08/27/entbuerookratisierung-durch-abbau-der-misstrauensverwaltung-und-bessere-verwaltungsv erfahren/« (Letzter Zugriff: 15.09.2025).

Eine Demokratie, die wir erneuern, um sie zu bewahren

Autoritäre Systeme holen wirtschaftlich auf, bleiben aber von Unfreiheit geprägt. Die liberale Demokratie und die soziale Marktwirtschaft eröffnen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und Wohlstand für uns und unsere Familien. Autoritäre Bewegungen schaffen Identität durch Abgrenzung und allzu einfache Antworten. Die Demokratie muss deutlich machen, dass sie eine attraktivere Form von Zugehörigkeit ermöglicht: eine, die auf Freiheit, Pluralität und Vertrauen in die Zukunft beruht.

Menschen stehen hinter der Demokratie, weil sie in ihr einen glaubwürdigen Weg zu einer besseren Zukunft sehen. Sie sollten diesen Weg auch erkennen können, wenn es schwierig wird. Darum reicht es nicht, den Staat zu verbessern. Wir müssen die demokratische Praxis so erneuern, dass sie nicht nur rational überzeugt. Sie muss auch eine emotionale Verbundenheit mit demokratischen Werten schaffen – das Gefühl, dass diese Demokratie unsere Demokratie ist, selbst wenn sie nicht perfekt ist.

Demokratie lebt davon, dass Menschen aktiv mitwirken können. Sie gewinnen Vertrauen, wenn sie erkennen, dass Veränderungen möglich sind und sie daran mitwirken. Teilhabe wird erlebbar in Bürgerhaushalten oder Bürgerräten, wo Menschen konkrete politische Empfehlungen erarbeiten. Diese Form der Partizipation ist anspruchsvoll, aber sie macht Freiheit zu einem gelebten Wert. Winfried Kretschmann hat in Baden-Württemberg eine Politik des Gehörtwerdens etabliert. Dazu gehören auch Bürgerräte, um die Beteiligung der Menschen in demokratischen Prozessen zu stärken. Auch das irische Modell der Bürgerversammlungen gilt als erfolgreiches Beispiel dafür, wie sich Demokratie revitalisieren lässt. Was können wir daraus lernen?

Genauso entscheidend ist, wie Vertreterinnen und Vertreter demokratischer Parteien miteinander umgehen. Exemplarisch sei hier das Thema Migration genannt. Die Mehrheit der Bevölkerung erwartet hier zu Recht, dass gegen illegale Migration vorgegangen und zugleich die Einwanderung von Fachkräften in unserem wirtschaftlichen Interesse gesteuert wird. Es gibt ein Spannungsfeld zwischen Humanität und Ordnung. Der Staat muss beidem gerecht

werden. Gerade weil das nicht einfach ist, tragen demokratische Parteien hier eine besondere Verantwortung, wie sie zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen. Wenn sich demokratische Akteure gegenseitig als Feinde behandeln, imitieren sie autoritäre Rhetorik und schwächen das System von innen. Die Kunst des Kompromisses ist keine Schwäche, sondern eine Stärke der Demokratie. Der israelische Philosoph Avishai Margalit bringt es auf den Punkt: »Ideale sagen uns etwas darüber aus, wie wir sein möchten. Kompromisse zeigen, wer wir sind.«⁶

Ein Weg, der Gegenwart und Zukunft versöhnt

Deutschland kann gemeinsam mit seinen europäischen Partnern beweisen: Liberale Demokratien können die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Innovation und Wohlstand, Tradition und Fortschritt schließen sich nicht aus. Deutschland kann eine Infrastruktur haben, die Maßstäbe setzt. Es kann ein Land sein, das sich verteidigen kann, um sich nicht verteidigen zu müssen. Es kann eine Gesellschaft sein, die in jedem Kind ein Versprechen auf eine gute Zukunft sieht – und dieses Versprechen auch einlöst.

Das ist möglich, wenn wir im Spannungsfeld von Gegenwart und Zukunft die richtigen Entscheidungen treffen. Der Politikwissenschaftler Peter Graf von Kielmansegg charakterisiert zukunftsverantwortliches Handeln so, dass es »der Belastung der Gegenwart um der Zukunft willen den Vorzug gibt vor der Belastung der Zukunft im Interesse der Gegenwart.«⁷ Vernachlässigen wir die Zukunft weiterhin, stehen wir in 10 oder 20 Jahren vor dramatischen Folgen – wie heute bei Verteidigung oder Infrastruktur, wo jahrzehntelange Versäumnisse uns teuer zu stehen kommen.

Dabei müssen die demokratischen Parteien sowohl links als auch rechts der Mitte ihrer Verantwortung gerecht werden. Progressive

6 Ebd.

7 Kielmansegg, Peter Graf von (2003): Können Demokratien zukunftsverantwortlich handeln? In: Merkur, Jg. 57 (651), S. 584.

Parteien müssen verändern, ohne die Gesellschaft zu überfordern; konservative Parteien müssen bewahren, ohne die Gesellschaft zu unterfordern. Sie müssen sich voneinander unterscheiden und zugleich die Bereitschaft zum Kompromiss zeigen, der unser Land nach vorne bringt.

Dabei sind viele kleine, realistische Schritte wirkungsvoller als große Ankündigungen. Entscheidend ist: Wir dürfen keine Zeit verlieren. Wir müssen glaubwürdig deutlich machen, dass die liberale Demokratie nicht das Problem, sondern die Lösung ist. Sie verlangt uns etwas ab: Mut zur Veränderung. Dafür bietet sie, was keine Autokratie kann: die Chance, hier und heute aus eigener Kraft unsere Zukunft zu gestalten – in Freiheit und Sicherheit. Die Entscheidung liegt bei uns.